2017.SR.000133 (17/163)

Kleine Anfrage Luzius Theiler (GPB-DA): Seltsame Kommunikation des Gehl-Berichtes - Informationspanne oder Geringschätzung des Stadtrates durch die Stadtregierung?

Am 12. Mai 2017 hat der „Bund“ auf einer ganzen Seite inklusiv einem Interview mit Gemeinderätin Ursula Wyss über die Vorschläge der Studie des dänischen Planungsbüros Gehl zur Attraktivitätssteigerung der Altstadt berichtet. Selbstverständlich war es völlig legitim, dass die Zeitung – auf welche Art auch immer im Besitz der Studie – über die 150'000 Franken Steuergelder teure Studie berichtete. Gemäss „Bund“ wurde die Studie auch „an einem nicht öffentlichen Anlass für Stadtangestellte, Gewerbe- und Leistvertreter“ präsentiert.

Höchst befremdlich und entweder als Informationspanne (erstaunlich angesichts des gut dotierten Informationsdienstes der Stadt) oder als Zeichen der Geringschätzung des Stadtrates durch die Stadtregierung zu werten ist es, dass die Studie nicht zuerst den Parlamentsmitgliedern zugestellt wurde und bis heute nicht offiziell zugänglich ist. Gemäss dem in der bernischen Staatverfassung verankerten Öffentlichkeitsprinzip werden „Berichte, Studien und Gutachten zugänglich gemacht, sofern nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen“ (Art. 20 Informationsgesetz). Einmal abgesehen davon, dass das Parlament im Budget 2017 den im Verhältnis zu den im „Bund“ beschriebenen Ergebnissen hohen Kredit bewilligt hat, sind wir Stadträtinnen und Stadträte darauf angewiesen, zu Beginn von Diskussionen über die nötigen Informationen zu verfügen.

1. Handelte es sich um eine Informationspanne, oder wollte der Gemeinderat den Bericht bewusst möglichst lange geheim halten, um die Diskussion über die Vorschläge in seinem Sinne zu steuern?
2. Wie begründet der Gemeinderat dieses Vorgehen?
3. Welche Vorkehrungen trifft der Gemeinderat um seiner Informationspflicht gegenüber Stadtrat und Öffentlichkeit künftig nachzukommen?
4. Wann wird die Studie des dänischen Planungsbüros Gehl den Stadtratsmitgliedern zugestellt?

Bern, 18. Mai 2017

Erstunterzeichnende: Luzius Theiler
Mitunterzeichnende: Christa Ammann, Tabea Rai, Daniel Egloff

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist erfreut über das Interesse an der "Public Space & Public Life"-Studie von Gehl architects. Über die Ergebnisse der Studie wurden zuerst der Gemeinderat als Auftraggeber (am 10. Mai 2017 nachmittags) und anschliessend die am Projekt beteiligten Personen bzw. Institutionen (am 10. Mai 2017 abends) informiert. Dies entspricht einem üblichen Vorgehen, indem die Diskus-sion bewusst zuerst im Gemeinderat und anschliessend mit den am Projekt beteiligten Gruppen bzw. Einzelpersonen geführt wird. Eine Diskussion im Stadtrat wird erfolgen, sobald der Gemeinderat Umsetzungsprojekte anstossen wird, welche die Ausgabenkompetenz des Gemeinderats über-schreiten.

Seit der Präsentation der Studie am 10. Mai 2017 kann der gedruckte Bericht bei der Direktion für Tiefbau, Vekehr und Stadtgrün oder der Verkehrsplanung bezogen werden; interessierten Personen wurde und wird er ausgehändigt. Der Bericht ist zudem seit Anfang Juni 2017 auf der Homepage der Stadt Bern aufgeschaltet: [→ Themen → Mobilität und Verkehr → Strategien und Projekte → Strategien und Konzepte → Fussgängerfreundliche Innenstadt].

Zu den einzelnen Fragen äussert sich der Gemeinderat wie folgt:

Zu Frage 1 und 2:
Es handelt sich keineswegs um eine Informationspanne und der Gehl-Bericht wurde und wird auch nicht "geheimgehalten". Die Diskussion erfolgte - einem üblichen Vorgehen entsprechend - vielmehr gezielt zuerst im Gemeinderat und anschliessend im Projektkreis.

Zu Frage 3:
Der Gemeinderat hat in keinem Moment seine Informationspflicht gegenüber dem Stadtrat oder der Öffentlichkeit verletzt.

Zu Frage 4:
Das Ratssekretariat hat die Verkehrsplanung mit E-Mail vom 17. Mai 2017 darüber informiert, dass die Stadtratsmitglieder die Studie in elektronischer Form bzw. via Link erhalten werden. Gemäss Auskunft des Ratssekretariats ist diese Information am 6. Juni 2017 erfolgt. Die Mitglieder der Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) wurden zudem mit einer gedruckten Version des Gehl-Berichts bedient.

Bern, 14. Juni 2017

Der Gemeinderat